DV aktuell

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.

Mannheim, Kanal | © Christian Huttenloher

Termine

06./07. Mai 2014 | Berlin
Transnationale Zusammenarbeit in Europa – so geht es weiter! Programm-Auftaktkonferenz in Deutschland

07. Mai 2014 | Berlin
Portfoliomanagement WOHNEN Fachtagung der BBA – Akademie der Immobilienwirtschaft e. V.

19./20. Mai 2014 | Chemnitz
Großimmobilien in Zeiten geänderter digitaler Rahmenbedingungen urbanicom-Studientagung 2014

29./30. September 2014 | Köln
Jahrestagung des Deutschen Verbandes

EU investiert in Stadtentwicklung

Struktur- und Regionalförderung ab 2014

Dr. Peter Runkel, Ministerialdirektor a. D., Vorsitzender der Arbeitsgruppe Europa

Am 1. Januar 2014 hat die neue Siebenjahresperiode der Europäischen Struktur- und Regi-onalförderung begonnen. Für Deutschland werden insgesamt 18,3 Milliarden Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) bereit stehen. Einen festen Platz darin hat die nachhaltige Stadtentwicklung mit einem vorgegebenen nationalen Mindestvolumen von fünf Prozent des EFRE. Insgesamt wurden integrierte territoriale Entwicklungsansätze gestärkt, wenngleich diese durch die geforderte thematische Konzentration nicht einfach umzusetzen sind. Wichtig ist deshalb auch die Verbindung mit dem ESF. Hierfür muss das erfolgreiche ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ fortgeführt werden.

Erst in letzter Minute haben sich Europaparlament und Europäischer Rat im Dezember 2013 auf den EU-Gesamthaushalt für 2014 bis 2020 geeinigt. Letztlich liegt dieser mit 960 Milliarden Euro erstmals niedriger als in der Vorperiode, auch die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds sind mit 325 Millionen Euro geringer ausgestattet. Nicht weniger intensiv war die Debatte um die Ausgestaltung der Struktur- und Regionalpolitik. Wegen des hohen Anteils am EU-Haushalt stand diese unter starkem Rechtfertigungsdruck. Als Antwort erfolgte eine Konzentration auf elf thematische Prioritäten. In stärker entwickelte Regionen wie Deutschland müssen sogar 80 Prozent der EFRE-Mittel für die folgenden vier Ziele eingesetzt werden: Stärkung von Forschung und Innovation, Verbesserung von Informations- und Kommunikationstechnologien, verbesserte Wettbewerbsfähigkeit von KMU und die Verringerung des CO_2-Ausstoßes.

Um dennoch den unterschiedlichen Voraussetzungen von Städten und Regionen Rechnung zu tragen, sollen territoriale und integrierte Entwicklungsstrategien an Gewicht gewinnen. Die nachhaltige Stadtentwicklung wurde mit einem eigenen Artikel in der EFRE-Verordnung fest verankert. Zudem kann die Kommission mit 330 Millionen innovative Maßnahmen fördern.

Ansprechpartner

Christian Huttenloher
c.huttenloher@deutscher-verband.org

Info

Positionspapier der AG Europa zur Fortsetzung des Bundesprogramms „BIWAQ"

In ihrer Sitzung am 28. Januar 2014 beriet die AG Europa die Neuerungen, die der Förderzeitraum 2014 bis 2020 mit sich bringt. Dabei wurde zur Fortsetzung des Bundesprogramms „BIWAQ – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier" ein Positionspapier formuliert. Dieses finden Sie unter www.deutscher-verband.org / Veröffentlichungen / Stellungnahmen.

Um integrierte Entwicklungsstrategien zu befördern, sehen die Strukturfondsverordnungen neue Instrumente vor, mit denen verschiedene Operationelle Programme (OPs) miteinander kombiniert werden können. Dies wird durch den gemeinsamen Verordnungsrahmen erleichtert. Da Multifonds-Ansätze mit verwaltungs- und finanztechnischen Schwierigkeiten verbunden sind, besteht in Deutschland allerdings Zurückhaltung bei ihrer Anwendung. Ähnlich verhält es sich mit der kommunalen Mittelverantwortung für integrierte Maßnahmen: Manche Landesverwaltungen glauben, dass dies die Verwaltung kleinerer Städte überfordert; zudem werden Abrechnungsfehler befürchtet. Und nicht zuletzt wollen die Bundesländer ihre inhaltliche Steuerungsfunktion behalten.

Programmvorbereitungen in Deutschland – starke städtische Dimension

Wie sieht nun die Umsetzung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds in Deutschland aus? Fest steht: Aufgrund der günstigen Wirtschaftsentwicklung im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten sinken die EU-Mittel um knapp ein Drittel auf 18,3 Milliarden Euro. Besonders hart trifft dies die ostdeutschen Bundesländer, die nicht mehr den Höchstförderregionen zugeordnet werden. Ein großer Pluspunkt der EU-Förderung ist die Planungssicherheit über sieben Jahre. Und auch der vergleichsweise flexible Einsatz für zahlreiche Handlungsfelder integrierter Stadtentwicklung macht die EU-Förderung attraktiv.

Wie wichtig die nachhaltige Stadtentwicklung deutschlandweit auch künftig bleiben wird, zeigt die Partnerschaftsvereinbarung zwischen Bund und EU-Kommission. Sie enthält erstmals ein eigenes Kapitel zur territorialen und städtischen Dimension. Das vorgegebene Mindestvolumen von fünf Prozent für nachhaltige Stadtentwicklung dürfte klar überschritten werden, da fast alle Bundesländer mehr Mittel einsetzen wollen. Neben klassischen Themen der nachhaltigen Stadtentwicklung treten neue in den Vordergrund: Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, Strategien zur Senkung des CO_2-Ausstoßes sowie Stadt-Land-Kooperationen. Mehrere Bundesländer setzen explizit auf die Förderung von Maßnahmen, mit denen die Zusammenarbeit zwischen Städten und deren Umland gestärkt werden. Dazu ist die Einbindung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) wichtig.

Für die nachhaltige Stadtentwicklung spielt mehr noch die Einbindung des ESF eine zentrale Rolle. Manche Bundesländer versuchen Mittel der ESF-Landesprogramme für die nachhaltige Stadtentwicklung einzusetzen, was jedoch fördertechnisch nicht einfach ist. Deshalb sollte das erfolgreiche ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier" (BIWAQ) auch nach 2013 weitergeführt werden. Dieses bot bislang eine wertvolle Ergänzung für das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt". Denn allein mit baulichen Investitionen und Quartiersmanagern lassen sich die Probleme in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf nicht lösen. Notwendig sind ergänzende, mehrjährig geförderte Projekte, die es den Bewohnern ermöglichen, am Sozial- und Arbeitsleben teilzunehmen. Trotz geringerer ESF-Mittel für Deutschland sollte dies nicht zu Lasten von BIWAQ gehen. Wer frühzeitig Konflikten vorbeugen will, sollte mit dem Sparen nicht bei den sozialen Brennpunkten anfangen.

Da die Finanz- und Rechtsgrundlagen erst spät verabschiedet wurden, wird sich auch der Start der Strukturfondsprogramme verzögern. Erste Stadtentwicklungsprojekte der neuen Programmperiode werden erst Ende 2014 starten können. Dennoch werden in zahlreichen Bundesländern bereits jetzt Wettbewerbsverfahren zur Auswahl integrierter städtischer Maßnahmen vorbereitet oder sind sogar schon angelaufen. Für Städte, die von der EU-Strukturförderung profitieren wollen, ist es also höchste Zeit, sich mit dem Thema zu befassen und in Kontakt mit ihren Landesbehörden zu treten

Studie zur Förderung von Stadt-Land-Partnerschaften

Im Auftrag des INTERREG IV B Projektes *City Regions,* das vom Stadtplanungsamt Leipzig koordiniert wird, untersucht der Deutsche Verband, welche Fördermöglichkeiten die EU-Strukturfonds für Stadt-Land-Partnerschaften bieten. Dazu werden die EFRE-Programme der letzten und der neuen Strukturfondsperiode ausgewertet, um Ansatzpunkte für Stadt-Land-Projekte zu finden und Empfehlungen zu geben. Die Endergebnisse werden am 24. September 2014 auf der Abschlusskonferenz des Projektes in Dresden vorgestellt.

Ansprechpartner

Jonas Scholze
j.scholze@deutscher-verband.org

Für jede Stadt ein Einkaufszentrum?

Gute und transparente Steuerung des Ansiedlungsprozesses

Dr. Josef Meyer, Vizepräsident des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.

In fast jeder Großstadt gibt es mittlerweile mindestens ein innerstädtisches Einkaufszentrum. Die Welle rollt daher seit einigen Jahren auf Mittelstädte zu. Hier zeigen sich Kontroversen um die Auswirkung auf Innenstadtstruktur, Städtebau und Einzelhandel besonders deutlich. Es stellt sich die Frage, unter welchen Voraussetzungen neu angesiedelte Einkaufszentren die Innenstädte stärken können.

In den vergangenen Jahrzehnten haben die Konkurrenz auf der „Grünen Wiese" sowie die Probleme der traditionellen Warenhäuser zum Attraktivitätsverlust der Innenstädte geführt. Hier muss die Landesplanung dafür sorgen, dass großflächiger Einzelhandel nur in integrierten Lagen stattfindet. Dafür ist das Zentrale-Orte-System sowie das Prinzip „Innen vor Außen" konsequent anzuwenden. So kann gerade in ländlichen Regionen die wichtige Versorgungsfunktion von Klein- und Mittelstädten für das Umland gesichert werden.

Viele Mittelstädte konnten mittlerweile wieder passende Nachnutzungen für die geschlossenen Warenhäuser finden – teils als kleines oder größeres Shopping Center. Kein leichtes Unterfangen, wie das Netzwerk der „Hertie-geschädigten" Kommunen unter Federführung der Stadt Bingen zeigt! Dabei gilt es die Immobilienentwicklung in eine allgemeine Stärkung der Innenstadt einzubinden. Hier können gut geführte Warenhäuser weiterhin wichtige Anziehungspunkte sein. So betreibt das Unternehmerehepaar Wittenberg in Rheinland-Pfalz, Thüringen und Sachsen-Anhalt florierende Warenhäuser und hat sogar einst notleidende Häuser wieder auf Kurs gebracht. Erfolgsfaktoren sind kompetente Mitarbeiter, ein zeitgemäßes Warensortiment sowie eine angenehme Atmosphäre und Veranstaltungen, die dem Kunden eine emotionale Bindung vermitteln.

Weit stärker als die „Grüne Wiese" wird sich künftig der Online-Handel auf Innenstadt und Einzelhandel auswirken. Braucht der Handel noch die Stadt, wenn Waren online jederzeit bestellt und überall hin geliefert werden können? Neue Ansätze sind notwendig, um das herauszustellen, was das Internet nicht bietet: Wohlfühlatmosphäre, Erlebnis und Beratung. Zudem muss der stationäre Handel die Möglichkeiten des Online-Handels stärker für sich nutzen.

Innerstädtische Einkaufszentren können Klein- und Mittelstädte stärken. Das zeigen Center-Entwicklungen in Ingelheim und Schwäbisch Hall. Schwäbisch Hall wurde selbst als Projektentwickler tätig, nachdem kein Investor für die Umsetzung der städtischen Vorstellungen gefunden wurde. So entstand ein multifunktionaler Standort mit Bildungseinrichtungen, Einkaufszentrum und Bankgebäude. In Ingelheim schuf ein Center eine „Neue Mitte" für die aus verschiedenen Ortsteilen zusammengewachsene Stadt. In beiden Städten gingen der Ansiedlung intensive Planungs- und Beteiligungsprozesse voran.

Die oft kontroverse Diskussion über die Auswirkungen von Einkaufszentren sollte offen geführt werden. Dabei ist es entscheidend, dass eine Stadt ihre Ziele explizit formuliert. Sie kann so aus verschiedenen Alternativen wählen – wobei ein Einkaufszentrum nur *eine* Option ist. Die Kommunalpolitik sollte geschlossen hinter den vereinbarten Planungen stehen und diese nicht auf Drängen möglicher Investoren aufgeben. Fällt die Entscheidung für ein Einkaufscenter, ist ein gut gesteuerter und transparenter Ansiedlungsprozess notwendig.

Grundsätzlich gilt: Die Kommunen müssen bei Ansiedlungen das Heft in der Hand behalten und auf Augenhöhe mit Projektentwicklern und Investoren verhandeln. Dazu stehen geeignete Instrumente zur Verfügung. Dies war eines der zentralen Ergebnisse der Fachtagung „Innenstadtverträglichkeit innerstädtischer Einkaufszentren in Klein- und Mittelstädten" des Deutschen Verbandes am 12. Februar 2014 in Bingen, die gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium des Landes Rheinland-Pfalz und weiteren Initiativen und Verbänden durchgeführt wurde.

Weitere Informationen:

Die Vorträge zur Tagung finden Sie unter „Termine und Veranstaltungen" auf www.dssw.de.

Ansprechpartner

Christian Huttenloher
c.huttenloher@deutscher-verband.org

Umgestaltung Hertie-Warenhaus in Bingen, © Stadt Bingen

Neue Mitte, Ingelheim, © Stadt Ingelheim

Ansprechpartnerin

Nadja Ritter
n.ritter@deutscher-verband.org

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Zuhause IM ALTER

Selbstbestimmtes Wohnen im Alter: Kooperation und Netzwerkbildung als Erfolgsfaktoren

Kommunen und Träger diskutieren Lösungsansätze

Ministerialdirigent Christoph Linzbach, Leiter der Unterabteilung Engagementpolitik, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kooperation und Netzwerkbildung sind in aller Munde. Was aber bedeutet das für die tägliche Praxis, wenn es heißt, das selbstbestimmte Leben und Wohnen älterer Menschen gezielt zu unterstützen? Um die Möglichkeiten, Herausforderungen und Grenzen von Kooperation und Netzwerkbildung auszuloten, hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zusammen mit dem Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung am 30. Januar 2014 zu einem Werkstattgespräch nach Berlin eingeladen. Gemeinsam mit den im Programm „Anlaufstellen für ältere Menschen“ vertretenen acht Projekten aus den brandenburgischen Landkreisen Teltow-Fläming und Elbe-Elster wurden hierfür zukunftsweisende Ideen und Maßnahmen vorgestellt. Auch die beiden zuständigen Dezernenten der Landkreise, Kirsten Gurske für Teltow-Fläming und Roland Neumann für Elbe-Elster, die mit ihrem Votum bei der Projektauswahl beteiligt waren, gaben Einblick in ihre Schwerpunktthemen Pflege, Wohnen und bürgerschaftliches Engagement.

Lösungsansätze aus den Landkreisen Elbe-Elster und Teltow-Fläming

Berichtet wurde über die verschiedenen Facetten von Kooperation vor Ort, die es überhaupt erst ermöglichen, dass bedarfsgerechte Unterstützungsangebote im direkten Wohn- und Lebensumfeld von Seniorinnen und Senioren entstehen. Es fällt auf, dass fast alle vorgestellten Beispiele dem Ansatz nach generationsübergreifend sind und damit dem sozialen Inklusionsbedarf entsprechen. So werden zum Beispiel in Kommunen in Kooperation mit freien Trägern Mehrgenerationenparks aufgebaut oder bereits bestehende Angebote für Jung und Alt erweitert. Gleiches gilt für Mehrgenerationenhäuser, die im Rahmen des Programms barrierefrei umgebaut werden. Orte der Begegnung zwischen Jung und Alt können auch dort entstehen, wo Liegenschaften in eine neue Nutzung überführt werden. Ein altes Bahnhofgelände wird zur Begegnungsstätte oder ein nur noch in Teilen in Betrieb stehendes Schulgebäude zum „Campus der Generationen“. Das örtliche Handwerk wird als wichtiger Kooperationspartner erkannt. So werden in einem Schulungsprogramm Handwerksunternehmen zum Gesundheitsdienstleister qualifiziert, um dann gemeinsam mit Kranken- und Pflegekassen, Kommunen sowie Angehörigen im Bedarfsfall bauliche Anpassungen oder Ausstattungsmaßnahmen für den längeren Verbleib in den eigenen vier Wänden vorzunehmen.

Erfreulich ist: Es gibt zum Teil Berührungspunkte und Kooperationsansätze der Projekte sogar über Landkreisgrenzen hinaus – die von den Beteiligten gar nicht mehr als hervorzuhebende Errungenschaft, sondern wie selbstverständlich angesehen werden. Eine Art Zielmarke für das, was wir uns auf diesem Gebiet erhoffen.

Altersgerechte Quartiere kooperativ gestalten

Die vorgestellten Projekte zielen darauf ab, niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote für ältere Menschen – besonders auch mit ihrer Einbindung – umzusetzen. Dafür müssen alle relevanten Akteure beteiligt, Bedarfe analysiert und ein abgestimmtes, strategisches Konzept erarbeitet werden. Auf dieser Grundlage lassen sich gemeinsam Lösungen finden und mitunter auch neue, wegweisende Ideen entwickeln. Kooperation bedeutet hiermit Arbeitsteilung, Ressourcenbündelung und Aktivierung der Zivilgesellschaft – ein wechselseitiges Miteinander von Kommunen, Wohlfahrtsorganisationen, freien Trägern und Verbänden, Stiftungen, Sozial- und Wohnungswirtschaft.

© Robert Kneschke, Fotolia.com

Freiwilliges Engagement ist das Bindemittel in diesem Prozess, ohne das eine nachhaltige Entwicklung nicht möglich ist.

Fakt ist aber auch, dass freiwilliges Engagement bei aller Berechtigung und Notwendigkeit nicht überfordert werden darf. Vielmehr braucht es verlässliche, hauptamtliche Strukturen, die Unterstützungsprozesse steuern und koordinieren. Freiwilliges Engagement ist hierbei eine sinnvolle, effektive und unverzichtbare Ergänzung. Die acht vorgestellten Projekte der beiden Landkreise zeigen, dass Kooperation nicht nur projektbezogen stattfindet, sondern unter kommunaler Federführung eine der Grundvoraussetzungen für die Gestaltung zukunftsfähiger, demographiefester Angebotsstrukturen ist. Zentrale Handlungsebene sind dabei Quartiere und Nachbarschaften, die familienähnliche Strukturen übernehmen und wohnortnah die verschiedenen Bedarfe abdecken. Gemeinschaftsbildung, soziale Teilhabe, Betreuung und bauliche Strukturen greifen ineinander. Das altersgerechte Quartier wird so zu einem Quartier für alle.

Kooperation braucht Moderation

Das Gelingen von Kooperation und Netzwerkbildung hängt vor allem an zweierlei: Information und Kommunikation der Akteure, Austausch und Ausgleich von Interessen. Den Kommunen kommt dabei eine Moderatoren- und Mittlerfunktion zu. Denn Kooperation und Netzwerke brauchen genau das: Macher und Denker, die gemeinsam etwas schaffen wollen. Spannungsfelder gilt es, aktiv anzugehen und im Dialog Positionen und Erfahrungen auszutauschen. Ganz im Sinne der „Sorgenden Gemeinschaften" werden so Möglichkeiten aufgezeigt, wie das Querschnittsthema des selbstbestimmten Lebens und Wohnens im Alter aktiv gestaltet und als Chance für eine gedeihliche gesellschaftliche und soziale Entwicklung genutzt werden kann.

Im Rahmen des Programms sind u. a. weitere Werkstattgespräche geplant, die gezielt die für die Projekte wichtigen Themen aufgreifen. So wird Raum für Diskussion und Austausch gegeben, um die Kooperation und Netzwerkbildung zwischen den Akteuren und damit den Erfolg der Projekte weiter voranzutreiben.

Das Programm „Anlaufstellen für ältere Menschen"

Das Programm „Anlaufstellen für ältere Menschen" unterstützt Träger und Kommunen dabei, bestehende Informations- und Beratungsangebote für ältere Menschen sinnvoll zu ergänzen und diese weiterzuentwickeln. Im Quartier entstehen integrierte Anlaufstellen, die Hilfestellung rund um das selbstbestimmte Wohnen und Leben im Alter geben. Aktivitäten in der Nachbarschaft werden organisiert, Mobilität, Teilhabe und freiwilliges Engagement gefördert. Dort, wo es bisher keine Strukturen gibt, auf denen solcherlei Aktivitäten aufgebaut werden können, gibt das Programm ebenfalls Hilfe. So wird auch die (Weiter)Entwicklung fachübergreifender Handlungskonzepte gefördert.

Sitzung Expertengruppe „Wohn- und Pflegesätze für ältere Menschen im Quartier"

Im Rahmen des INTERREG IV B-Projekts *HELPS* fand am 11. März 2014 unter Leitung von Ingrid Matthäus-Meier die dritte Sitzung der Expertengruppe „Wohn- und Pflegeansätze für ältere Menschen im Quartier" statt. Ziel des Projekts ist es, älteren Menschen durch integrierte Quartierskonzepte so lang wie möglich den Verbleib in der eigenen Wohnung zu ermöglichen. Der Deutsche Verband erarbeitet derzeit Handlungsempfehlungen, wie Konzepte durch die Zusammenarbeit von Wohnungswirtschaft, Kommunen, Sozialwirtschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen entwickelt und umgesetzt werden können. Die Kooperationen gehen dabei über das rein Bauliche hinaus und berücksichtigen eine ganzheitliche Konzepterstellung, Dienstleistungen, Netzwerkbildung, Nachbarschaftshilfen und Beratungsleistungen. In der Sitzung wurde ein erster Entwurf gemeinsam diskutiert und durch Beispiele aus der Praxis unterlegt. Anfang September 2014 werden die finalen Handlungsempfehlungen auf einer nationalen Konferenz in Berlin vorgestellt.

Ansprechpartner

Jonas Scholze
j.scholze@deutscher-verband.org

Ansprechpartner

Michael Färber
m.faerber@deutscher-verband.org

Gemeinsam für integrierte energetische Lösungen

Vernetzungsprojekt Joint.Urban.Energies nimmt Arbeit auf

40 Prozent des Energieverbrauchs und 37 Prozent des CO_2-Ausstoßes werden durch Gebäude verursacht. Maßnahmen im Gebäudebestand, die Energie einsparen, die Energieeffizienz steigern, erneuerbare Energien einbinden und gleichzeitig die bezahlbare Energieversorgung sicherstellen, sind somit entscheidend, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Das neue, vom Deutschen Verband und der Stadt Ludwigsburg koordinierte Projekt *Joint.Urban.Energies* bündelt die Ergebnisse verschiedener transnationaler Kooperationsprojekte zu Energie und integrierter Stadtentwicklung, um daraus Handlungsfelder für zukünftige Entwicklungen zu identifizieren.

An der Schnittstelle Stadt–Energie setzten in der vergangenen Förderperiode mehrere EU-Projekte an. So *Urb.Energy* unter Federführung des Deutschen Verbandes und das von der Stadt Ludwigsburg koordinierte Projekt *EnSURE*.

Urb.Energy befasste sich im Ostseeraum mit Großwohnsiedlungen und verknüpfte die Erneuerung von Gebäuden und Wohnumfeld mit der Modernisierungen der Energieversorgung. Die Projektpartner von *EnSURE* aus Mitteleuropa erstellten lokale integrierte Energiekonzepte, erprobten Energieeinspardienstleistungen und bauten ein Informationsnetzwerk zu energetischen Maßnahmen im Gebäudebestand auf. Neben diesen beiden Projekten werden auch Ergebnisse und Erfahrungen weiterer vergleichbarer INTERREG-Projekte in die Arbeit von *Joint. Urban.Energies* einbezogen.

In einem ersten Auftakttreffen kristallisierten sich bereits künftige Handlungsfelder heraus: die Umsetzung der integrierten Energiekonzepte, die gezielte Mobilisierung von Gebäudeeigentümern sowie die Bereitstellung passender Finanzierungsmöglichkeiten. Ein Expertenworkshop beschäftigt sich am 10. April 2014 näher mit Herausforderungen und Lösungsmöglichkeiten. Im Sommer 2014 findet eine Stakeholder-Tagung in Berlin statt.

Info

Weitere Informationen finden Sie unter www.urbenergy.eu
www.ensure-project.eu

Ansprechpartner

Christoph Pienkoß
c.pienkoss@deutscher-verband.org

Städte und Regionen an Fernverkehr anbinden

Das „Schienenpersonenverkehrskonzept“ Mitteldeutschland

Die Metropolregion Mitteldeutschland ist die jüngste ihresgleichen in Deutschland und 2009 aus dem „Sachsendreieck“ hervorgegangen. Im Gegensatz zu Hamburg oder Berlin ist sie polyzentral geprägt. Ihre Mitgliedsstädte sind Leipzig, Halle, Gera, Jena, Dessau-Roßlau, Zwickau und Chemnitz. Funktional eng verflochten sind zudem die Städte Dresden, Magdeburg, Erfurt und Weimar.

Eine der größten Herausforderungen der Region mit ihren rund 8,6 Millionen Einwohnern ist es, trotz demographischen Wandels und Entleerung der ländlichen Räume ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, Fachkräfte zu halten bzw. zu gewinnen und dabei die Nachbarschaft zu Polen und Tschechien zu nutzen. Ein engmaschiges Verkehrsnetz ist hierfür unabdingbar, da es die schnelle Erreichbarkeit der benachbarten Städte und der weiter entfernten Metropolen ermöglicht.

Doch während spätestens ab 2017 Dresden, Leipzig, Halle und Erfurt schnelle und häufige Fernverkehrsverbindungen haben , hat sich das Angebot auf anderen Strecken kontinuierlich verschlechtert. So etwa auf der Sachsen-Franken-Magistrale von Dresden über Chemnitz, Zwickau, Hof nach Nürnberg. Bewohner ländlicher Räume, aber auch wichtiger Großstädte, haben nur unzureichenden Zugang zum Fernverkehr, Nachbarstädte sind schwer erreichbar. Eingleisige, nicht elektrifizierte Teilstrecken und Langsamfahrstellen behindern ein angemessenes Angebot zusätzlich.

An dieser Stelle setzt das Schienenpersonenverkehrskonzept für die Region an, das im Rahmen des EU-Projekts *Rail Hub Cities – RAILHUC* entwickelt wurde. Das Konzept ergänzt die sich aktuell in der Umsetzung befindenden Maßnahmen der Hochgeschwindigkeitsstrecken Berlin-München und Dresden-Leipzig, die damit verbundene Modernisierung der vier Bahnknoten sowie das mitteldeutsche S-Bahn-Netz mit dem gerade eröffneten City-Tunnel Leipzig um vier wichtige Bausteine:

Info

Weitere Informationen finden Sie unter www.railhuc.eu.

1. Entwicklung eines Mitteldeutschland-Taktes auf Basis eines „Integrierten Taktfahrplans“: Dieses Linien- und Betriebskonzept verbessert die Erreichbarkeit innerhalb der Region und darüber hinaus. Es ergänzt den Schienenpersonenfernverkehr der Deutschen Bahn um schnelle und regelmäßige Zusatzangebote. Wartezeiten werden minimiert, die Reiseplanung vereinfacht.
2. Ausgewählte kleine infrastrukturelle Eingriffe, die am bestehenden Netzangebot und den aktuellen Ausbaumaßnahmen sinnvoll anschließen.
3. Einführung eines Mitteldeutschland-Tarifs, der eine sinnvolle Alternative zu vielen Einzeltarifen darstellt. Verbunden mit einem Metropolregionsticket führt der Verbundtarif zudem zur Integration aller Verkehrsträger bis hin zum Fernverkehr und damit zu einer größeren Nutzerfreundlichkeit.
4. Anwendung eines neuen Organisations- und Finanzierungsmodells, das für die Metropolregion erhebliche Synergien schaffen und darüber hinaus deutschlandweit zum Vorbild werden kann.

Jeder Baustein für sich leistet einen Beitrag zum Gesamtkonzept, doch erst ihr Zusammenspiel führt zu den gewünschten Angebotsverbesserungen, Synergien und Einnahmeeffekten. Der Charme des Konzeptes liegt zudem darin, dass es kostengünstig umzusetzen ist und sowohl die Reisenden als auch Unternehmen und Institutionen des öffentlichen Verkehrs davon profitieren. Das Konzept als Ganzes wurde im Februar 2014 von den Oberbürgermeistern/innen der Metropolregionen für gut befunden, seine Weiterentwicklung beschlossen.

Der Deutsche Verband wird die Städte dabei unterstützen, das Konzept nach außen und innen zu kommunizieren, dabei die Vertreter der drei Länder mit einzubinden und Diskussionsprozesse mit Trägern öffentlicher und privater Belange zu moderieren.

Fishing for Competence

Wie Aquakultur zur Regionalentwicklung im Ostseeraum beitragen kann

Aquakultur ist ein wachsender Wirtschaftszweig: Die Nachfrage nach Fisch steigt, gleichzeitig sind viele Arten von Überfischung bedroht. Die kontrollierte Aufzucht von Fischen kann Abhilfe schaffen. Im Ostseeraum spielt Aquakultur bislang eine untergeordnete Rolle – so werden in Deutschland aktuell knapp 90 Prozent der verarbeiteten Fische importiert, was die Ökobilanz strapaziert. Von einer nachhaltigen Fischzucht vor Ort könnten Arbeitsmarkt, Umwelt, Tourismus und Fischqualität dagegen langfristig profitieren. Auch die EU setzt bei der geplanten Reform der Fischereipolitik auf Aquakultur. Die Herausforderung besteht nun darin, die Vorteile der Fischzucht auszunutzen ohne dramatische Auswirkungen auf Umwelt und Ökosysteme zu riskieren. Dies ist umso entscheidender, als die Ostsee schon einen hohen Nährstoffgehalt aufweist und mit ihrer dichten Besiedelung und dem geringen Wasseraustausch sensibel auf menschliches Eingreifen reagiert.

Das EU-Projekt *AQUAFIMA* hat sich in den vergangenen drei Jahren intensiv mit dem Potenzial und den Problemen einer wachsenden Aquakulturbranche in der Ostseeregion beschäftigt.

Diese rückt in Europa mehr und mehr in den Fokus: Zwischen Konsum und Fang klafft in der EU eine geschätzte Lücke von acht Millionen Tonnen Fisch. Die EU-Kommission fordert jetzt nationale Strategiepläne für die nächsten sieben Jahre zur Koordinierung der Aquakulturentwicklung. „Aquakultur hat in der neuen Förderperiode eine hohe Priorität. Die Menschen sollten jetzt aktiv werden: Das Eisen ist heiß!“, appellierte Raimond Vesers von der Generaldirektion Fischerei der Europäischen Kommission im Februar 2014 bei der gemeinsamen Abschlusskonferenz von *AQUAFIMA* und dem Schwesterprojekt *AQUABEST* im finnischen Mariehamn.

Eine große Herausforderung der Aquakultur ist die Übersättigung der Ostsee mit Nährstoffen. Dies kann – zumindest teilweise – mit Muschel- oder Algenzucht kompensiert werden. Geschlossene Systeme haben weniger dramatische Auswirkungen, sind allerdings kostenintensiver. Allein: Was hat Vorrang: Wirtschaftlichkeit oder Umweltschutz? Dass die Meinungen hierüber auseinandergehen, wurde auf der Veranstaltung deutlich. Doch egal, ob man nun zuerst die Aquakultur-Industrie ankurbelt oder primär in den Umweltschutz investiert: eine weiterhin in-

Ansprechpartnerin

Heike Mages
h.mages@deutscher-verband.org

AQUAFIMA
Integrating Aquaculture and Fisheries Management towards a sustainable regional development in the Baltic Sea Region

Baltic Sea Region
Programme 2007–2013

Info

Weitere Informationen zum Projekt AQUAFIMA sowie die Vorträge der Abschlusskonferenz finden Sie unter www.aquafima.eu.

IMPRESSUM

Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e. V.

Littenstraße 10 | 10179 Berlin
Tel. +49 (0)30 20613250
Fax+49 (0)30 20613251
info@deutscher-verband.org
www.deutscher-verband.org

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

tensive Forschung ist in jedem Fall unabdingbar, denn nur mir adäquaten Richtlinien und Qualitätsstandards kann auf lange Sicht eine nachhaltige Aquakultur in der EU etabliert werden.

Hier hat AQUAFIMA bereits gute Vorarbeit geleistet. Das Projekt verfolgte unter der Koordination der Landgesellschaft Mecklenburg Vorpommern einen Regionalentwicklungs-Ansatz. Die Partner identifizierten Besatzmaßnahmen für verschiedene Fischarten der Ostsee und analysierten Möglichkeiten des gebietsbezogenen Fischereimanagements. Um Fachkräftenachwuchs zu sichern, entwickelten die Projektpartner E-Learning Module für einen internationalen Masterstudiengang Aquakultur. Mit Fotoausstellungen und Veranstaltungen informierten sie über die Vorteile der lokalen Aquakultur und des Fischverzehrs. Im Ergebnis entstanden Handlungsempfehlungen für die Politik. Entscheidend für die Umsetzung wird eine weiterhin enge Zusammenarbeit aller Ostsee-Anrainerstaaten und Stakeholder sein.

In eigener Sache

Immobilienwirtschaftlicher Dialog

Ministerin Hendricks lädt zum Auftakt

Ministerin mit Verbändevertretern beim Immobilienwirtschaftlichen Dialog, © BMUB

Am 12. März 2014 lud die neue Bundesumwelt- und Bauministerin Barbara Hendricks die Verbände der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft zum ersten Immobilienwirtschaftlichen Dialog der Legislaturperiode ein. Dabei präsentierte sie gemeinsam mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Pronold die Vorhaben der Bundesregierung des „Bündnisses für bezahlbares Wohnen", die im Dialog mit den Verbänden, Ländern und Kommunen umgesetzt werden sollen. Die Ministerin unterstrich ihr Anliegen, bezahlbaren Wohnraum in den dynamischen Wachstumsmärkten zu sichern, den Wohnungsneubau weiter zu stärken sowie über Städtebauförderung und das Programm Soziale Stadt den sozialen Zusammenhalt zu gewähren. Im Fokus des Austausches zwischen Branchenvertretern und Ministerium standen die kontrovers diskutierte Mietpreisbremse, die geplante Verringerung der Umlage für energetische Modernisierungen, die fehlenden steuerlichen Anreize für Neubau und energetische Sanierungen sowie die weitere „Nullnummer" beim altersgerechten Umbau. Positiv hervor hoben die Teilnehmer die Aufstockung der Städtebauförderung auf 700 Millionen, die Weiterführung des KfW-Programms „Energetische Stadtsanierung" sowie die geplante Baukostensenkungskommission. Dr. Heyer, Präsident des Deutschen Verbandes, wies in diesem Zusammenhang jedoch darauf hin, dass auch eine verbesserte Mobilisierung von günstigem Bauland in städtischen Wachstumsregionen von der Bundesregierung gemeinsam mit Ländern und Kommunen in Angriff genommen werden müsste.

Neue Mitglieder

- Berlin Hyp AG, vertreten durch Ingolf Löwe
- Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, vertreten durch Norbert Scharbach
- Stadt Hameln, Fachbereich Planen und Bauen
- LKZ Prien GmbH, vertreten durch Karl Fischer

Wir heißen unsere neuen Mitglieder **Herzlich Willkommen** und wünschen eine gute Zusammenarbeit!